

blickpunkt

www.dkp-mw.de

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

Fünf Sitze für die DKP/Linke Liste

Auch künftig im Parlament und außerparlamentarisch gegen Sozialabbau

Wir danken allen, die uns im Wahlkampf unterstützt und die DKP/Linke Liste gewählt haben. Das Ergebnis zeigt: Wir sind als Alternative zu den Parteien des Sozialabbaus wahrgenommen worden. Mehr Wählerinnen und Wähler als vor fünf Jahren haben links gewählt. 11,6 % für die DKP/LL sind ein Signal, den Kampf für eine soziale und solidarische Stadt zu verstärken. Im Parlament und noch mehr außerparlamentarisch.

Dafür spricht vor allem die auf fast 60% angewachsene Zahl der Bürgerinnen und Bürger, die nicht zur Wahl gegangen sind. „Koalition“ - mit wem auch immer - ist nicht unser Thema. Einen weiteren hauptamtlichen Stadtrat lehnen wir ab. Wir wollen, dass in dieser Stadt eine Politik gemacht wird, die allen Einwohnern ermöglicht, in Würde zu leben und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Wir wollen die Menschen in unserer Stadt darin bestärken, für die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse einzutreten. Das Stadtparlament und die Stadtverwaltung kann dabei helfen. Eine gut verwaltete Kommune ist eine

Kommune, die kämpft: Um mehr Geld für notwendige soziale Einrichtungen, gegen den Flughafen ausbau, für Arbeit, von der man leben kann, gegen Arbeitszeitverlängerung, spätere Rente, Lohnkürzung und weitere Massenbelastungen z.B. durch die höhere Mehrwertsteuer. Dafür treten wir ein. Mit Kritik, die auf Veränderungen abzielt und mit konkreten Vorschlägen für den Alltag. Der „blickpunkt“ hält Sie auf dem Laufenden.

Die Rechnung der SPD ist nicht aufgegangen. Ihr Wahlkampf aus dem Rathaus hat nicht überzeugt. Das Wahlziel „Absolute Mehrheit“ hat sie deutlich verfehlt, zwei Sitze verloren. Man hat bisher nicht den Eindruck, dass ihnen das zu denken gibt. Viele Bürgerinnen und Bürger halten die SPD und ihre Politik in unserer Stadt nicht für die beste Wahl. Das muss man auch im Rathaus zur Kenntnis nehmen. Immerhin hat der Bürgermeister jetzt angekündigt, nicht noch einmal kandidieren zu wollen.

Die CDU ist nicht wirklich stärker geworden. Sie hat Stimmen verloren. Darüber kann der Gewinn eines Mandats nicht

hinwegtäuschen. Ihre Politik ist keine echte Perspektive für die Stadt und ihre Einwohner. Ihr Anspruch auf hauptamtliche Beteiligung als Preis für eine Koalition mit der SPD zeigt, auf was es ihnen ankommt: Posten.

Das gilt auch für die Grünen, die auf „hohem Niveau“ stagnieren. Auch sie haben Stimmen verloren. Auch sie sagen: Koalition mit der SPD nur mit einem grünen Hauptamtlichen.

Die FDP hat fünf Jahre lang als Koalitionspartner die SPD nach rechts gedrückt. Auch sie hat Stimmen verloren. Ihr „Privatisierungsprogramm“ hat nicht gezogen. Jetzt reden sie von Opposition.

Die nächste Zeit kann spannend werden. SPD, CDU und Grüne sagen, die Stadt hat kein Geld. Interessant wird sein, ob bei den möglichen Koalitionsgesprächen tatsächlich über einen weiteren Hauptamtlichen geredet wird, der in sechs Jahren weit über 500.000 Euro kostet.

Unsere Aussage bleibt: Alles tun für eine soziale und solidarische Stadt!

Wir bleiben Ihre Ansprechpartner.

Die gewählten Stadtverordneten der DKP/Linke Liste



Gerd Schulmeyer



Angela Kolbe



Rudi Hechler



Rudolf Dötsch



Wolfgang Ebenhöf

CDU/SPD sagen: Weiter so!

Neben den Kommunalwahlen in Hessen gab es am 26. März drei Landtagswahlen.

Die CDU-Vertreter waren zufrieden, dass sie in Stuttgart und Magdeburg weiterregieren können. Und die Wiederwahl von Kurt Beck in Mainz wurde gar zur Wiedergenesung des Patienten SPD hochstilisiert. „Neuen Mut“ schöpfte SPD-Vorsitzender Platzeck aus diesem Ergebnis. Dass seine Spitzenfrau in Baden-Württemberg am gleichen Tag eine halbe Million Stimmen verloren und die dortige SPD von 33,3 auf 25,2 Prozent abstürzte, war für ihn zweitrangig. Hauptsache weiterregieren!

Was juckt da die Wahlbeteiligung. Noch nie beteiligten sich weniger Wählerinnen und Wähler an Landtagswahlen. Das Rekordtief wurde mit 44,4 Prozent in Sachsen-Anhalt ausgemacht. Von zwei Millionen Wählerstimmen erhielt die CDU gerade mal 320.000 und darf trotzdem den Ministerpräsidenten stellen, der nur den Koalitionspartner wechseln muss. Jetzt auch in Magdeburg große Koalition.

Aber es gab auch Lichtblicke. Da sind zuerst die 24,1 Prozent für „Die Linke“ in Sachsen-Anhalt, die zur zweitstärksten politischen Kraft des Landes wurde. Wie schwierig es für Linke dennoch ist, in Parlamente zu kommen, zeigte das hinter hohen Erwartungen zurückgebliebene Abschneiden der WASG in Baden-Württemberg mit 3,1 Prozent und in Rheinland-Pfalz mit 2,5 Prozent. Bemerkenswert aber auch einzelne Stimmenergebnisse wie in Mannheim I mit 6,9 Prozent, in Kusel 6,9 Prozent oder in Pirmasens mit 6,4 Prozent.

Bei den Kommunalwahlen in Hessen konnten linke Listen in vielen Orten Erfolg verbuchen. Von Kassel, Marburg und Gießen bis Reinheim im Odenwald gibt es gute Ergebnisse bei der Wahl für Kreistage und Kommunalparlamente. (Beispiele: 6,5 Prozent für „Die Linke.WASG“ in Frankfurt/Main, 6,5 Prozent für die „Kasseler Linke.WASG“, 6,2 Prozent für „Die Linke“ in Offenbach, jeweils 6 Prozent für „Die Linke“ in Gießen und Hanau, 5,4 Prozent für „Die Linke“ im Kreistag Marburg-Biedenkopf und in der Stadt Marburg sogar 8,8 Prozent, 7 Prozent für die „WAM“ im Maintal, im Kreistag Groß-Gerau gibt es jetzt drei Sitze statt vorher einem Sitz für „Die Linke.Offene Liste“). Spektakulär ist der

Erfolg der DKP in Reinheim mit 14,7 Prozent, der Gewinn von fünf statt bisher drei Mandaten und ihr Ergebnis im Ortsteil Überau, wo die DKP mit einem Stimmenanteil von 39 Prozent stärkste Partei wurde.

Aber auch in Hessen war die sinkende Wahlbeteiligung hervorstechend.

Die CDU-SPD-Regierung in Berlin hat sofort nach den Wahlen begonnen, ihren Raubzug auf die Taschen der „kleinen Leute“ fortzusetzen. Vor allem bei der bevorstehenden „Gesundheitsre-

form“ soll es „teurer“ werden. Man spricht schon von der Erhöhung der „Patientengebühr“. Keine Rede davon, dass Beserverdienende, Pharmahersteller und Unternehmer zur Kasse gebeten werden müßten. Sofort nach den Wahlen heißt es also: die arbeitenden und erwerbslosen Menschen, Frauen und Männer, Jungen und Alten sollen den Riemen noch enger schnallen. Gerade das macht es notwendig, Proteste und Gegenwehr zu verstärken und für eine andere, eine neue Politik zu kämpfen.

Geld ist in Hülle und Fülle vorhanden, es fließt nur in die falschen Taschen!

Josef Ackermann, der Vorstandssprecher der Deutschen Bank, war 2005 der bestverdienende Chef eines deutschen Dax-Konzerns. Der Manager bezog 11,9 Millionen Euro.

Er erhielt ein Fixgehalt von 1,15 Millionen Euro und Boni in Höhe von 10,75 Millionen Euro. Im Jahr 2004 hatte er noch 10,1 Millionen Euro bekommen - das Plus beträgt somit 17 Prozent.

Der vierköpfige Vorstand der Bank lag mit seinen Gesamtbezügen von 28,7 Millionen Euro um 14 Prozent über dem Vorjahreswert. Damit hat der Deutsche-Bank-Vorstand seine Bezüge stärker gesteigert als der Durchschnitt der deutschen Dax-Unternehmen.

Noch ein paar Beispiele: Beim Maschinenbauer MAN beträgt das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der Vorstände 1,47 Millionen Euro.

Ein weiterer Spitzen„verdiener“ ist der Vorstandsvorsitzende von Daimler-Chrysler, Jürgen Schrempp, der das Unternehmen am Ende des Jahres verlassen hat. Er dürfte etwa acht bis zehn Millionen Euro verdient haben. Spitzenmann ist auch der SAP-Chef Henning Kagermann, der etwa sechs Millionen Euro bezog.

„Dieser Zuwachs ist vertretbar“, urteilt Jens Massmann von der Unternehmensberatung Ernst & Young. Im vergangenen Jahr waren die Einkommen der Top-Manager noch um mehr als 22 Prozent gestiegen. Die deutschen Spitzenmanager seien im vergangenen Jahr bescheidener gewesen als ihre Kollegen in den Vereinigten Staaten, meint Massmann. „Die haben einen größeren Schluck aus der Pulle genommen.“ Der Vertreter von Ernst & Young räumt aber ein, dass der Einkommenszuwachs der Vorstände „stärker ist als bei den normalen Mitarbeitern“.

Insgesamt schütten die Dax-Konzerne 20,7 Milliarden Euro als Dividenden an ihre Aktionäre aus, wie das Anlegermagazin „Börse Online“ ausrechnete. Das sind demnach durchschnittlich 38 Prozent mehr als im Vorjahr.

Die Bahn verdreifacht die Bezüge ihrer Aufsichtsräte. Wer einen Aufsichtsratsposten innehat, ist normalerweise kein armer Mann. Die Kontrolleure der Bahn aber klagten bisher, dass ihre Bezüge vergleichsweise gering ausfielen. Nun soll ihre Entlohnung angehoben werden - sie steigt fast auf das Dreifache. Ex-Minister, Schröder-Förderer und Bahn-Aufseher Müller: Künftig 60.000 Euro im Jahr zusätzlich zum Hauptverdienst.

Na und der Schröder selbst - neben seinen Vergütungen als Ex-Ministerpräsident und Ex-Kanzler bekommt er jetzt 250.000 Euro als Gasprom Aufsichtsrat. Er hat's geschafft der „Sozialdemokrat“ Gerhard Schröder.

Gemeinsam gegen den Flughafenausbau

Der Erörterungstermin ist zu Ende - der Kampf gegen den Flughafenausbau nicht

Der Fraport-Chef fordert kürzere Anhörungen beim Flughafenausbau. (FR 24.3.) Er meint „für die Bürgerbeteiligung habe das Verfahren zum Ausbau des Frankfurter Flughafens nichts gebracht“. Die Bürgerbeteiligung hat gebracht, dass dem Fraport-Podium häufig nichts anderes übrig blieb, als kindliche Trotzreaktionen zu zeigen. Motto: Ihr Einwender habt keine Ahnung, ihr privaten Störenfriede ohnehin nicht. Wir haben alles richtig gemacht; Beweise blieb man schuldig.

Die Bürgerbeteiligung hat gebracht, dass selbst die vom Landesvater auf Pro-Fraport eingeschworenen Beamten jeden Tag mindestens einmal nachdenklich wurden, stutzten, den Kopf über Fraports Gutachten schüttelten. Gelegentlich sogar Fraport-Leute zurechtwiesen. Von „lediglich einem Schlagabtausch zwischen Rechtsanwälten und Gutach-

tern“ kann also nicht die Rede sein. Dass dem Fraport-Chef alles zu lange dauert, ist klar. Die Verzögerung muss er aber seinen Mitarbeitern anlasten. Denn die haben Gesetze und Vorschriften missachtet, unter Naturschutz stehende Tiere und Pflanzen vernachlässigt und/oder falsch gezählt. Fraport-Leute haben das Chemiewerk Ticona „übersehen“, haben die Gefahr von Vogelschlag klein gerechnet. Kein Lärm- und Wirtschaft-Gutachten hat einer wissenschaftlichen Überprüfung standgehalten. Die Liste lässt sich beliebig verlängern.

Wenn ein Handwerker die selbe Qualität wie die Fraport-Gutachter liefert, nennt man das Pusch. Aber es ist noch schlimmer: Fraport hat Pusch in Auftrag gegeben und nichts Besseres bekommen! Hieß es noch 2001, die Landebahn wird 2006 (zur Fußball-WM) in Betrieb gehen, spricht Bender jetzt von 2010. Mit

anderen Worten: Fraport tritt, was den Zeitplan angeht, seit 5 Jahren auf der Stelle! Und das gefällt dem Chef nicht. Die Bundesvereinigung gegen Fluglärm äußerte die Erwartung, „dass auf Basis der vorgelegten Unterlagen kein Planfeststellungsbeschluss ergehen wird“.

„Ein Bedarf für einen Ausbau gerade in Frankfurt konnte nicht schlüssig begründet werden“, hieß es.

„Es wurde im Verlauf der Erörterung deutlich, dass die Fraport eine nur rudimentäre Umsetzung des in der Flughafenmediation beschlossenen Schutzkonzepts (Nachtflugverbot und Anti-Lärm-Paket) beabsichtigt. Viele Gutachten basieren auf veralteten Zahlen; dies gilt in besonderem Maße für das Gutachten zu der Arbeitsplatzentwicklung in der Region, das auf Zahlen bis 1996 beruht und den Einbruch der wirtschaftlichen Entwicklung zur Jahrtausendwende ignoriert.“

Zudem wird ein gerichtsfester Planfeststellungsbeschluss durch die rechtswidrige Zurückhaltung von Umweltinformationen gefährdet.

Arbeiter und Angestellte wehren sich gegen weiteren Sozialabbau

Die Gewerkschaften Ver.di und die IG Metall protestieren gegen Sozialabbau und Ungerechtigkeit. Ihnen gehört unsere Solidarität.

Bei DaimlerChrysler in Sindelfingen, bei BMW, aber auch bei MAN in Gustavsburg gab es Aktionen von Beschäftigten. In Sachsen legt die IG Metall den Schwerpunkt auf den Autobauer Volkswagen. Diese Kampfaktionen sind berechtigt. Ebenso die Kampfmaßnahmen von Ver.di. Hier gibt es seit vielen Wochen Streiks. An Solidaritätsaktionen nahmen auch Kolleginnen und Kollegen der Stadt Mörfelden-Walldorf teil.

Mit dem Streik im Öffentlichen Dienst verteidigen Müllwerker, Verwaltungsangestellte, Pflegekräfte, Krankenschwestern ihren Arbeitsplatz und ihre Rechte. Denn Arbeitszeitverlängerung

vernichtet Arbeitsplätze. Noch mehr Arbeitslose wären die Folge.

Tatsächlich geht es aber um noch mehr, wenn z. B. die Universitätskliniken bestreikt werden. In den Kliniken hat sich die Belastung des Personals in den letzten Jahren enorm verstärkt: immer mehr Patienten müssen in immer kürzerer Zeit betreut werden. Für persönliche Zuwendung bleibt kaum Zeit. Die Pflegeintensität steigt - und da soll nun auch noch länger gearbeitet werden! Schon jetzt halten es manche Kolleginnen und Kollegen nur bis 55 aus.

Auch im technischen Dienst und in der Küche machen sehr viel weniger Beschäftigte die selbe Arbeit wie früher. Eine Verlängerung der Arbeitszeit würde nicht nur weniger Erholungszeit, sondern auch Abbau von Arbeitsplätzen,

also eine weitere Steigerung von Stress, Arbeitstempo und Leistungsdruck bedeuten. Sollten die öffentlichen Arbeitgeber ihr Ziel erreichen - also die 40-Stunden-Woche, in Bayern gar die 42-Stunden-Woche, einzuführen und die Urlaubs- und Weihnachtsgelder zu streichen - dann droht die Übernahme dieser schlechteren Tarifbedingungen auch bei Arbeitgebern wie den Kirchen und Wohlfahrtsverbänden. Werden jetzt die Tarife für die Beschäftigten bei den Universitätskliniken verschlechtert, so sind auf längere Sicht viel mehr Menschen betroffen, als es in der aktuellen Auseinandersetzung den Anschein hat.

Zudem würde es wieder einmal eine Gruppe treffen, die im Berufsleben sowieso benachteiligt ist: Frauen. Denn im medizinischen und sozialen Bereich sind überwiegend Frauen beschäftigt. Bei der Caritas beträgt der Frauenanteil mehr als 83 Prozent. Es geht also um mehr, als „um 18 Minuten“.

Radfahrer in Mörfelden-Walldorf besonders gefährdet

Wie aus der von der Polizei präsentierten Unfallstatistik im Straßenverkehr hervorgeht, stieg die Zahl der bei einem Unfall verletzten Radfahrer in Mörfelden-Walldorf von 22 im Jahre 2004 auf 37 im Jahre 2005.

Diese Zahlen sollten unserem Bürgermeister, dem gesamten Magistrat und den Stadtverordneten zu denken geben. Die Sicherheit für Fahrradfahrer liegt, trotz der wenigen Verbesserungen im Radwegbau, die in den letzten Jahren durchgeführt wurden, in unserer Stadt insgesamt noch sehr im argen.

Seit über einem Jahrzehnt bemüht sich die DKP im Stadtparlament um mehr Sicherheit für Fahrradfahrer, um Verbesserungen im Radwegenetz, um mehr Radwege (auch zu den neuen Märkten in Mörfelden), um Randsteinabsenkun-

gen, um bessere Fahrradständer und um Fahrradstreifen an verkehrsreichen Ortsstraßen.

Viele Anträge wurden gestellt, einige auch angenommen. Einiges wurde erreicht aber vieles muss noch getan werden.

Oft wurden die notwendigen Gelder in den Haushalt aufgenommen, die aber nach einem Jahr nicht ausgegeben waren. Da muss sich in der Einstellung bei den Stadtoberen noch einiges verändern. Auch in SPD-Kreisen wurde der Bürgermeister schon gelegentlich als Bremser bezeichnet.

Es ist noch viel zu tun, damit Mörfelden-Walldorf eine radfahrerfreundliche und eine für Radfahrer sichere Stadt wird. Andere Städte haben es bereits vorge-macht. HH

ANZEIGE

Kleingarten oder
ein Stückchen Feld
(mgl. mit Hütte)
in Mörfelden
gesucht.

Tel.: 06105 / 26193

„Mörfelden vor der Höhe“

Erfreulich ist es, dass der begrünte Müllberg nahe der Autobahn in diesem Jahr der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden soll. Nachdem die Mülldeponie 1990 geschlossen, die Begrünung gelang, die Umwandlung des Deponiegases in Strom seit Jahren in Betrieb ist, war es endlich an der Zeit, dass die Bevölkerung vom Berg „Besitz ergreift“. Das heißt: Den Weg nach oben kann man begehen und sich vom Gipfel die Umgebung anschauen. Eine Hütte soll Schutz bieten. Eine Infotafel sollte den Besucher auf die Historie des Berges, die Besonderheiten von Flora und Fauna aufklären. Ein Juxplatz darf nicht entstehen. Für die Sicherungsmaßnahmen (Zäune, Tore) wird die Stadt neben dem Regionalpark Südwest und den Riedwerken als heutigem Pächter des Geländes einiges Geld in die Hand nehmen müssen. R. D.

Betreutes Wohnen

Seit Anfang des Jahres wird die Wohnanlage am Ludwig-Richter-Weg bezogen. Nach langem Warten auf Zuschüsse von Land und Bund war es endlich so weit. Das städtische Grundstück wurde zu Vorzugsbedingungen an die Nieder-Ramstädter Diakonie verkauft. Mit der Inbetriebnahme der Anlage ist ein Engpass beseitigt worden.

In der Planung war auch eine Behindertenwerkstatt. Ein Grundstück an der Gerauer Straße (Nähe Lidl / Tegut) wurde für diesen Zweck von der Werkstätte für Behinderte (WFB) in Rüsselsheim-Königstädten gekauft, denn 2004 sollte schon gebaut werden. Voreilig, im Vertrauen auf Zuschüsse von Land und Bund. Die allgemeine Finanznot der öffentlichen Hand legte das Projekt auf Eis. Ob es gänzlich gestorben ist? Die neugewählte Stadtverordnetenversammlung sollte in Wiesbaden und Berlin auf die Verwirklichung dieses Projektes drängen. R. D.

**Herzlichen Dank allen,
die dem »blickpunkt« helfen.
Jeder Euro hilft, die
Zeitung zu erhalten!**

**Das „blickpunkt“-
Spenden-Konto:
Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto 9003419
BLZ 50852553**

Haushaltssperren lösen keine Probleme

Die Stadt Mörfelden-Walldorf will an der Kultur massiv sparen. Es wurde erneut eine Haushaltssperre verhängt. Diese umfasst insgesamt 681.648 Euro. Im Etat 2006 standen für Theater und Konzerte noch 122.000 Euro parat, nach der Sperre nur noch 8.000 Euro. Der Ansatz für das Heimatmuseum wurde von 72.000 Euro auf 21.633 Euro gekürzt. Bei den öffentlichen Büchereien wurde der Etatansatz von 33.044 Euro auf 256,93 Euro vermindert. In den öffentlichen Anlagen wirkt sich die Sperre ebenfalls negativ aus, statt der veranschlagten 264.298 Euro gibt es nur noch 19.304 Euro. Und im Bauhof sollen die Ausgaben von 259.856 Euro auf 13.387 Euro sinken. Für Spielplätze gibt es nur noch 4.125 Euro statt 100.000 Euro.

Wieder einmal beugt man sich dem Druck der Aufsichtsbehörde, die den Etat 2006 im Februar nur unter Auflagen genehmigt hatte. Weder aus dem Rathaus noch von der örtlichen SPD war Protest zu hören.

Mitmachen bei der

DKP 
LINKE LISTE



Die „blickpunkt“-Redaktion hat eine „Digitale Stadtgeschichte von links“ hergestellt.

Auf einer DVD gibt es die „blickpunkt“-Ausgaben von November 1969 bis Dezember 2005.

Für 20 Euro erhältlich.
Telefon 23366 oder 22362.

Ohne Deutsch Bürger zweiter Klasse?

Am 9. November wird am Rathaus der über 60 Jahre zurück liegenden Angriffe auf die Juden gedacht. Sich für höherstehende Menschen haltende, obrigkeitsfürchtige Feiglinge kühlten ihr Mütchen an Wehrlosen. Im Rathaus sah man's damals gern.

Schnee von gestern, denken viele. Irrtum: Koch und die anderen Rechten bauen auf die krankhafte Fremdenfeindlichkeit eines Teils der Bevölkerung und verlangen arische Kenntnisse. Nicht, daß das irgendwem irgendeinen Vorteil brächte, es dient dem Zweck, den nur psychoanalytisch erklärbaren Hass einiger Wähler in Stimmen für die CDU umzusetzen. Deutsch mußte sprechen, denken und fühlen, meint der Bild-Leser, der täglich unter Beweis stellt, daß ihn Bordellgeschichten, Päpste, Nuttenanzeigen, Balltreter, detaillierte Schilderungen von Vergewaltigungen und das Sexualleben der Promis mehr interessieren als die humanistische Kultur. Na schön, aber was geht das uns andere an? - Die CDU kocht Rassismus auf und die Leute fressen's! Seit vielen Jahren war eine Frau, die nicht in Deutschland geboren ist, im Wahllokal Wahlhelferin. Ihr Deutsch ist schlecht. Es reichte jahrelang aus, diese Arbeit zu machen.

Jetzt, durch die machtgeilen Köche thematisiert, hat sich ein Wahlvorsteher beim Wahlamt beschwert, daß die Frau kein Deutsch könne. Den Schlitz der Wahlurne zu bedecken und freizugeben, hat es bisher gereicht. Die Beschwerde des waschechten (bis ins wievielte Glied der Ahnenkette?) Ariers hat dazu geführt, daß die Frau von diesem Dienst ausgeschlossen wurde. Sie hätte für den halben Sonntag 30 Euro bekommen. Das ist für manche Leute viel Geld. So auch für sie. Nun wird sie wegen des wachsamem Ariers und der beflissenen deutschen Beamten im Rathaus auf das Geld verzichten müssen.

Die Deutschen sterben aus, weinen FAZ bis Bild. Freut Euch nicht zu früh, Weltbürger! Der Arier hält sich. Er vollzieht seine Vermehrung lustlos, aber verbissen, gewissermaßen bis zur letzten Patrone. Somit schlägt der Nachwuchs nicht aus der Art. Erich Schaffner



Roland Koch bei der CDU im Mörfelder Bürgerhaus. Mitglieder der Bürgerinitiative gegen Flughafenerweiterung und der DKP halten ihm ihre Meinung entgegen.

Kein Grund Beifall zu klatschen

Doch, clever ist er schon, der Herr Koch. Als ihn ein Vertreter der örtlichen DKP fragte: „Ich kenne nicht alle Antworten, werde ich jetzt ausgebürgert?“, sagte er: „Ich kenne auch nicht alle Antworten, aber wenn ich Deutscher werden möchte, würde ich sie lernen“. Die CDU im Saal begeistert. Vermutlich kannten die sich aber auch nicht aus.

„Hegel, Marx, Nietzsche; Faust, Die Räuber; Böll.“ Wie, Sie haben nicht verstanden? Das waren die Antworten auf die Fragen 80 bis 82 des hessischen Einbürgerungstests. Kann man von jemandem, der Deutscher werden will, erwarten, dass er so über deutsche Kultur Bescheid weiß? Man kann, argumentieren die Konservativen; man kann nicht, meinen die Kritiker und verweisen darauf, dass auch viele Deutsche die Fragen nicht richtig beantworten können.

Der Test ist eine Ansammlung bildungsbürgerlichen Wissens, das schon immer zur sozialen Selektion diene. Er taugt nicht einmal zu dem, was er vorgibt zu überprüfen: ob ein Einbürgerungswilliger dem humanistischen Menschenbild verpflichtet ist.

Bildung konnte Auschwitz nicht verhindern. Es waren sogar die formal Hochgebildeten, die dieses Menschheitsverbrechen zu verantworten hatten bzw. ihm nichts entgegengesetzten.

100 Fragen und die CDU

Wer hat diese Diskussion angestoßen? Zu welchem Zweck? Es war beim Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg. Zwar stand kein neues Gesetz an, doch was Koch 2001 in Hessen veranstaltete mit der unappetitlichen Unterschriftenliste gegen die Ausländer und damit die Wahl gewann, das sollte Öttinger im Südwesten auch gelingen. Nach dem Aufschrei in der gesamten Republik, reichte dann der hessische Innenminister Bouffier seinen „Fragebogen light“ in die Runde. 100 Fragen sollen beim Einbürgerungsantrag beantwortet werden. Koch selbst bezweifelt, dass er alle richtig beantworten kann. Mit diesem Fragenkatalog soll „Terroristen“ die deutsche Staatsbürgerschaft unmöglich gemacht werden. Darüber kann man nur lachen.

Einbürgerung setzt Integration voraus. Dazu sind deutsche Sprachkenntnisse hilfreich. Diese können aber nicht per Fragebogen (wie bei einer Führerscheinprüfung) vermittelt werden. Notwendig sind u.a. mehr Deutschkurse damit die Teilhabe der ausländischen Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen und geselligen Leben leichter wird. Vereine und Organisationen, Schulen, Kindergärten und Verwaltungen haben hier eine große Verantwortung. R. D.

Wir wollen keine neuen Kriege Spart endlich an der Rüstung



Wir demonstrieren für eine vorausschauende Friedenspolitik, die auf Abrüstung und Beseitigung von Konfliktsachen setzt. Alle bisherigen Versuche, die Probleme der Welt militärisch zu lösen sind opferreich gescheitert. Krieg darf kein Mittel der Politik mehr sein.

Die Androhung von Atomwaffeneinsätzen bedeutet eine gefährliche Eskalation der Gewaltspirale. Entsprechende Konzepte verstoßen nicht nur gegen das Gewaltverbot der UN-Charta, sie schließen eine Kriegsführungsstrategie ein, die das Überleben der menschlichen Zivilisation riskiert. Angesichts der wachsenden Zahl Kernwaffen besitzender Staaten müssen die Atomwaffen abgeschafft werden. Wer von anderen Staaten verlangt, keine Atomwaffen zu entwickeln, muss selbst mit der Abrüstung seines Atomwaffenpotentials ernst machen. Die auf deutschem Boden stationierten US-Kernwaffen müssen abgezogen werden. Erforderlich ist auch ein deutscher Verzicht auf nukleare Teilhabe.

Der von der Bundeskanzlerin beabsichtigte enge Schulterschluss mit der Bush-Administration ist mit der deutschen Verantwortung für den Frieden nicht vereinbar. Die Annäherung an die US-Kriegspolitik gegen den Irak muss gestoppt, die Unterstützung des Krieges durch Logistik, Ausbildung von irakischen „Sicherheitskräften“ usw. ist einzustellen. Die US-Regierung muss daran gehindert werden, neue Kriege in Syrien und Iran anzuzetteln.

Deutschland befindet sich auf einem gefährlichen Weg zu einer hoch gerüsteten Militärmacht mit weltweiten militärischen Ambitionen. Die offensivere Formulierung geostrategischer Ziele außerhalb des Nato-Bereichs und die Weiterführung milliardenschwerer Rüstungsprojekte für Auslandseinsätze der Bundeswehr stehen für eine Verschärfung des außen- und sicherheitspolitischen Kurses. Wir brauchen keine Auslandseinsätze der Bundeswehr und keine neuen, dafür geeignete Waffen. ...

Terror und kriminelle Gewalt können nicht mit Krieg und Militär bekämpft werden. Der ausgeweitete „Anti-Terrorkampf“ ist selbst Terror und steigert die Spirale der Gewalt. Keine Regierung hat das Recht,

zur Durchsetzung machtpolitischer und wirtschaftlicher Interessen überall dort Kriege zu führen, wo es ihr angebracht erscheint.

Innenpolitisch wird der sog. Kampf gegen den Terror zunehmend mit dem Abbau demokratischer Grundrechte verbunden. So soll die Bundeswehr auch im Inneren eingesetzt werden. Der Innenminister will auch Informationen verwenden, die durch Folter beschafft werden.

Wir wollen keine kostspieligen neuen Rüstungsprojekte wie Eurofighter oder Militärtransportflugzeuge. Wir fordern wirksame Instrumente zur zivilen Konfliktlösung.

Wir wollen keine Beteiligung an stattfindenden und weiteren Kriegen. Wir fordern den Rückzug der deutschen Truppen von Auslandseinsätzen.

Wir wollen keine EU-Armee. Wir wollen die friedliche Zusammenarbeit der europäischen Staaten und Völker.

Wir wenden uns gegen einen Einsatz der Bundeswehr im Innern.

Wir wollen die Respektierung des Völkerrechts statt Einmischung und Präventivkriege.

Wir verlangen die Abschaffung aller Atomwaffen weltweit.

Wir wenden uns unmissverständlich und grundsätzlich gegen einen Angriff auf den Iran und insbesondere gegen die deutsche Unterstützung der Droheskandalation.

Wir wollen eine friedliche Gesellschaft, globale Gerechtigkeit, statt militärischer Vorherrschaft. ... Wir brauchen vorrangig öffentlich geförderte Arbeitsplätze und Investitionen in Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheit und Umweltschutz.

Der Sozialstaat wird nicht am Hindukusch, sondern gegen die Mächtigen in Wirtschaft, Politik und Publizistik verteidigt. Wir wollen Frieden, Abrüstung, Demokratie und soziale Gerechtigkeit.

Von vielen Orten aus demonstrieren am Ostermontag die Friedensinitiativen zum Römerberg. Hier findet ab 13h die Kundgebung statt.

Immer weniger Lehrstellen

Wie das Statistische Bundesamt am 29. März 2006 mitteilte, hat der vor zwei Jahren noch von der Schröder-Regierung geschlossene Ausbildungspakt sein Ziel verfehlt.

Die Wirtschaft habe 2005 nicht wie versprochen mehr neue Lehrstellen geschaffen, sondern 2,2 Prozent weniger Auszubildende als ein Jahr zuvor neu eingestellt. Das Handwerk bot laut Statistik knapp fünf Prozent weniger und der öffentliche Dienst sogar neun Prozent weniger Ausbildungsplätze als im Vorjahr an. Bundesweit fingen im vergangenen Jahr 559 200 Jugendliche eine Lehre an – das waren zehn Prozent weniger als vor fünf Jahren. Damit setzt sich der seit 2000 anhaltende Abwärtstrend fort und das bei drei Prozent mehr Schulabgängern als vor fünf Jahren.

Es waren leere Versprechungen der Wirtschaft, und unsere Regierungen fallen immer wieder darauf hinein. Angesichts der erneut vorgelegten Zahlen muss auch von der neuen Bundesregierung mit ihrem SPD Arbeitsminister Müntefering gefordert werden, den Ausbildungspakt einzustampfen.

Statt freiwilliger Selbstverpflichtungen und Appelle muss eine gesetzliche Umlagefinanzierung endlich eingeführt werden. Ausbildungsfähige Betriebe, die nicht ausbilden, müssen dann zahlen. Somit könnten alsdann auch auszubildende Betriebe unterstützt werden. Angesichts der prekären Lage für Schulabgänger zahlt die Stadt Mörfelden-Walldorf nach wie vor jedem Betrieb, der eine zusätzliche Lehrstelle schafft, bei Abschluss des Lehrvertrages 1000 Euro und bei Ende der Probezeit nochmals 1000 Euro.

Insgesamt ist dies lobenswert, aber es bleibt der gewisse Tropfen auf dem heißen Stein solange dies nicht auf breiter Ebene und noch intensiver erfolgen kann. Z. B. wird bereits in Ostdeutschland ein großer Teil der Lehrlinge staatlich gefördert beziehungsweise außerbetrieblich ausgebildet. Dafür ist die Umlage gedacht, die Betriebe dann zu zahlen hätten, wenn sie nicht ausbilden.

Heinz Hechler

**Immer dran denken:
Der „blickpunkt“ freut sich
auf Leserbriefe!**



Son & Salsa aus Cuba

Mittwoch, 26. April 2006
Tercer Mundo im Bürgerhaus Mörfelden

Beginn: 20 Uhr, Saalöffnung: 19 Uhr

Eintrittspreise: Abendkasse 12,- Euro, Vorverkauf 10,- Euro, Ermäßigt 8,- Euro

**Eintrittskarten gibt es in der Buchhandlung Martin Giebel, Mörfelden,
Langener Straße 14, Walldorf, Ludwigstraße 47 und bei den Mitgliedern der DKP.**

Eine Veranstaltung der DKP

Solidarität mit den „Cuban Five“

Seit Anfang der 90er Jahre informierten Bürger Kubas aus Miami die kubanischen Behörden über auf Kuba geplante Terroranschläge exilkubanischer terroristischer Gruppen.

(1999 beklagte Kuba vor der UNO 3.478 Tote und 2.099 Invalide aufgrund von Miami aus geplanten und ausgeführten Terroranschlägen.)

Im September 1998 verhaftet das FBI 10 Mitglieder dieses Netzwerkes kubanischer Patrioten. Dem Staatsanwaltschaft gelingt es, fünf von ihnen zur „Kooperation zu bewegen“ (Sie erhalten die übli-

chen Strafen für „illegale Agententätigkeit“.) Die anderen Fünf verschwinden für 17 Monate in Isolationshaft und werden in 26 Anklagepunkten der Verschwörung zur Spionage angeklagt. Nach einem beispiellosen 6-monatigen Prozess werden die Fünf von einer eingeschüchterten Jury in Miami-Dade trotz fehlender Beweise in allen Punkten der Anklage für schuldig gesprochen und im Dezember 2001 zu horrenden Strafen verurteilt. Seither wachsen die internationalen Proteste. Dabei Amnesty International, die UN-Arbeitsgruppe für willkürliche Inhaftierungen, die Menschenrechtskommission in Genf.

Die fünf Kubaner sollen, trotz nichtrechtskräftiger Urteile, lange - bishin zu zweimal

lebenslängliche - Haftstrafen in den USA verbüßen, weil sie ihr Volk gegen Terrorismus verteidigt haben.

Die Tanz- und Musikgruppe „Tercer Mundo“ macht auf ihrer Tournee auch aufmerksam auf das Unrecht, das den fünf Inhaftierten und damit Kuba geschieht.

Mit Son, Salsa, Mambo, Cha-Cha-Cha setzen die 24 Tänzerinnen und Tänzer, Sängerinnen und Sänger und Musiker Zeichen der Lebensfreude, des Selbstbewusstseins der Menschen Kubas.

Über allen ihren Auftritten steht aber auch unsichtbar der Ruf nach Freiheit für die fünf gefangenen Patrioten: „Volverán - Sie werden zurückkehren!“

Stadtgeschichten



Die Langstraße ist sicher die am meisten fotografierte Straße in Walldorf. Sie ist ja auch die älteste und könnte bereits ihren 300. Geburtstag feiern. Schon im Februar 1702 zeichnete der erste Pfarrer der am Gundhof angekommenen Waldenser einen provisorischen Lageplan für die ersten 18 Hofreiten, einschließlich „Pfarr-Hoffraith“, entlang des „grand chemin“, wie die Langstraße damals genannt wurde. Das heutige Foto entstand etwa im Jahre 1919/20, also 200 Jahre nach dem Bau und Bezug der ersten Wohnhäuser. Es zeigt einen Blick in die mittlere bis untere Langstraße an einem trüben Vorfrühlingstag, als das Dorf noch keine 2900 Einwohner hatte. Die grob gepflasterte Straße mit zwei Rinnen, damals noch „Dreckflösser“ genannt, war wie ausgestorben. Hier wohnten überwiegend Kleinbauern und sogenannte Nebenerwerbslandwirte, die in der Woche ihrem Beruf, z. B. als Maurer in Frankfurt, nachgingen. Das einzige geparkte Gefährt war ein Jauche- oder Güllewagen (damals auch als Puhl- oder Puddelwoue bezeichnet). Der war öfter im Einsatz, denn es gab noch keinen Kanal und die Jauchegrube (das Puhlloch) musste oft geleert werden. Nur noch wenige der sogenannten alten kleinen „Dreifensterhäuser“, darunter das restaurierte, als Museum gestaltete frühere „Boninhaus“, sind heute noch vorhanden. Markant steht rechts die inzwischen mehrmals renovierte alte Waldenserkirche und drei Häuser davor das Gehöft der Familie Heibach, Langstraße 59, mit dem Storchennest auf dem Kamin. Auch dieses Haus wurde vor Jahren abgerissen und auf dem Grundstück die Kreissparkasse errichtet. Ein Dorf im Wandel der Zeit.



Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden April 2006:

8. April
KHAN CONNECTION #24
„Partymix“
Beginn: 20 Uhr
Eintritt: 2 Euro

13. April
Rettet das Vinyl - Buchstabe J
Beginn: 20 Uhr - Eintritt frei



KuBa

22. April
Abgabe-Flohmarkt für Kindersachen
Frühjahrsbasar, 9.30-15.00 Uhr
Nummernvergabe bei
Susanne Giegerich (06105) 450922

30. April
Veranstaltung mit
Georg Fülberth zum 1.Mai
Beginn: 19 Uhr - Eintritt frei
Im Anschluß gibt's Essen

Unser Lexikon

Schbrisch

Dem fresse
die Hinkel noch es
Brod vum Deller.